



John Dewey  
Forschungsstelle  
für die Didaktik  
der Demokratie

# WIE GEHT'S

## DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG IN SACHSEN?

EINE FELDEXPLORATION



## ABSTRACT

Zur Gründung der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) wurden über 80 Bildner:innen der außerschulischen politischen Bildung zu ihren Arbeitsbedingungen, ihren Bedürfnissen sowie Herausforderungen befragt.

Sichtbar wird eine Belastung aufgrund prekärer Arbeitsbedingungen, die durch befristete Anstellungen und Unsicherheiten aufgrund der projektbezogenen Förderlogiken entstehen. Außerdem erlebt ein bedeutender Teil der Befragten Angriffe auf deren Bildungsangebote und auf die Bildner:innen selbst. Diese haben letztlich nicht nur Auswirkungen auf die Angegriffenen, sondern auch Antizipationswirkungen auf Träger:innen, die dies selbst noch nicht erleben mussten.

Es konnte aufgezeigt werden, dass die Befragten vielfältige Ausbildungshintergründe sowie Berufsbiographien aufweisen und trotz umfangreicher Praxiserfahrungen konkrete fachdidaktische Qualifikationsbedarfe formulieren. Auch die Corona-Pandemie wird als Herausforderung wahrgenommen. Neben digitalen Vermittlungskonzepten werden vor allem Konzepte zum Umgang mit vielfältigen oder politisch herausfordernden Teilnehmer:innen nachgefragt.

Nicht zuletzt wird deutlich, dass die Institution Schule einen wichtigen, wenn auch ambivalenten Bezugspunkt für außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung darstellt und hier Vermittlungsbedarf besteht - ohne aber der non-formalen Bildung ihre Flexibilität zu nehmen.

Diese pilotartige Feldexploration ermöglicht Einblicke in die sächsische Landschaft non-formaler politischer Bildung, welche für größer angelegte Follow-Up-Studien und vertiefte Auseinandersetzungen nutzbar gemacht werden können.

## IMPRESSUM

Herausgegeben von der  
John-Dewey-Forschungsstelle  
für die Didaktik der Demokratie

Autor:innen:

David Jugel, Rico Lewerenz

Mitarbeit:

Anja Besand, Ann-Christin Belling,  
Peter Birkenhauer, Tina Hölzel,  
Nele Mai, Kathleen Markwardt, Eli-  
sa Moser, Agnes Scharnetzky, Han-  
nah Steinfatt und Anton Strehlow

Design und Satz:

Anja Besand, David Jugel, Sarah  
Kunath

Lektorat:

Ann-Christin Belling, Tina Hölzel

Dresden, Juni 2022

## INHALT

1. EINLEITUNG	3
2. METHODE	3
3. ERGEBNISSE UND DISKUSSION	4
4. SCHLUSSFOLGERUNGEN	15
5. AUSBLICK	17
LITERATUR	18
ANHANG	

---

## WIE GEHT'S DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHE BILDUNG IN SACHSEN - EINE FELDEXPLORATION

---

David Jugel / Rico Lewerenz

### 1. EINLEITUNG

Die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) ist 2020 an der Technischen Universität Dresden gegründet worden, um die non-formale politische Bildung in Sachsen zu stärken. Ziel ist es nicht primär, die Quantität politischer Bildungsangebote und -träger:innen zu erhöhen, sondern die bestehenden qualitativ fortzubilden und als Anlaufstelle für innovative Bildungsvorhaben, für Wissenstransfer zwischen formaler und non-formaler Bildung sowie für didaktische Beratung laufender Projekte zur Verfügung zu stellen.

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist es notwendig, ausreichende Informationen über das Feld der sächsischen Bildner:innen, über deren aktuelle Herausforderungen und Wünsche, aber auch ihre biographischen Hintergründe und Voraussetzungen zu erfahren. Zu diesem Zweck wurde im Sommer 2021 eine Online-Umfrage gestartet, die mehr als achtzig Mitarbeiter:innen von Träger:innen, die in Sachsen politische Bildungsangebote unterbreiten, erreichte.

Die Ergebnisse sind dabei in keiner Weise repräsentativ oder stehen stellvertretend für die ganze sächsische Landschaft non-formaler politischer Bildung. Dennoch bieten sie einen ersten Zugang zum Feld und liefern Ansätze zur weiteren und tiefgreifenden Auseinandersetzung. Nicht zuletzt soll damit dem bereits vor mehr als zehn Jahren geäußerten Postulat entgegnet werden, außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung sei eine Profession in wissenschaftlicher und akademischer „Obdachlosigkeit“ (Widmaier 2007, 39).

### 2. METHODE

#### Rekrutierung und Fragebogen

Die digitale Umfrage wurde am 09. Juni 2021 im Rahmen der sechsten Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen vorgestellt und gestartet. Das Demokratie-Zentrum übernimmt die sächsische Koordination des Bundesprogramms "Demokratie leben!" und vereint „alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bewegungen im Freistaat Sachsen engagieren, unter einem Dach“<sup>1</sup>. Im Zusammenhang mit dessen Jahreskonferenz 2021 stellte sich die JoDDiD als neu gegründete Forschungsstelle zunächst selbst vor und rief die Anwesenden aus ganz Sachsen anschließend zur Teilnahme an der explorativen Umfrage auf, die Überblicksdaten zur außerschulischen politischen Bildung in Sachsen und deren Bildner:innen verschaffen sollte<sup>2</sup>.

Der Erhebungszeitraum erstreckte sich in der Folge bis zum 14. Juli, also über insgesamt fünf Wochen. Dabei ist festzuhalten, dass ungefähr zwei Drittel der Befragten aus den Konferenzteilnehmenden stammen, was den Metadaten zu entnehmen ist. Dies war insofern auch gewollt, als dass vor Ort über 240 Teilnehmende aus verschiedensten Vereinen, Organisationen und Projekten der außerschulischen politischen Bildung vertreten waren und jene die

<sup>1</sup> siehe Website des sächsischen Demokratie-Zentrums:

<https://t1p.de/uv95l>

<sup>2</sup> Für die Erstellung und Durchführung des Fragebogens muss an dieser Stelle vor allem Tina Hölzel und Anton Strehlow gedankt werden.

Hauptzielgruppe der Pilotstudie darstellen. Zusätzlich wurde die Umfrage über Soziale Medien (Instagram und Facebook) beworben, wodurch sich mutmaßlich alle anderen Befragten rekrutieren ließen. Eine Referrer-Analyse oder Abfrage zur Quelle der Teilnahmemotivation wurde nicht verfolgt.

Insgesamt haben 80 Teilnehmende die Befragung gestartet, 43 davon einen sehr hohen Anteil ausführlich und 30 Personen bis zur letzten Frage beantwortet. Die auf den ersten Blick sehr hohe Abbruchquote lässt sich wohl überwiegend darauf zurückführen, dass der digitale Fragebogen vorwiegend aus offenen, narrativen Fragen bestand. Ein hoher Anteil dergleichen korreliert nachgewiesener Weise mit einer höheren Abbruchquote. So waren insgesamt 16 der 21 Frageitems offene Fragen, nur fünf geschlossen; hinzu kam ein offenes Anmerkungsfeld am Ende der Umfrage. Außerdem wirkte die gewählte Fragebogendramaturgie sichtbar negativ auf die Response-Rate. Biographische und institutionelle Fragen führten die Umfrage ein, bevor persönlich-fachliche Erfahrungen und Meinungen erfasst werden sollten. Dass diese Reihenfolge zu Missfallen führt, kann der Fragebogenforschung entnommen werden (Porst 2014, 147), ist aber auch aus der Antwortanalyse abbrechender Teilnehmenden ersichtlich. Auch ist das potentielle Framing der Antworten durch den bei der Konferenz direkt im Vorfeld erfolgten Vorstellungsbeitrag der JoDDiD sowie der Fragenreihenfolge bei der Interpretation der Ergebnisse mitzudenken.

### Beschreibung der Zielgruppe

Unter den ausgewerteten Umfrageteilnehmenden identifizieren sich 55 Prozent mit dem weiblichen Geschlecht, keine:r als divers und der Rest als männlich. Das Durchschnittsalter beträgt 39 Jahre, wobei alle Alterskohorten zwischen 20-24 Jahren und 60-64 Jahre vertreten sind. Ebenso umfassend vielfältig sind die Landkreise und Städte, aus denen sich die Umfrageteilnehmenden zusammensetzen. Personen aus Chemnitz, Leipzig und Dresden bilden dabei den Schwerpunkt, aber auch Vertreter:innen aus kleineren Orten wie Zwickau, Zeithain, Döbeln oder Oschatz nahmen teil. Zusammen mit den Daten über die Länge der Beschäftigung im Bereich der politischen Bildung, der eigenen Ausbildung und der derzeitigen Tätigkeit lässt sich festhalten, dass die Umfrage einen sehr vielfältigen Personenkreis erreicht hat und einen guten Überblick über die sächsische Bildner:innenlandschaft geben kann - wenn auch mit jeweils kategorial wenigen Teilnehmenden. Eine Repräsentativität ist gegenüber keinem Kriterium gegeben.

### Auswertungsmethodik

Neben der quantitativen Auswertung der geschlossenen Fragen wurde insbesondere eine qualitative Inhaltsanalyse der Antworten zu den 16 offenen Fragen vorgenommen. Das softwaregestützte Vorgehen und der Ablauf der qualitati-

ven Inhaltsanalyse orientieren sich im Wesentlichen an den methodischen Ausführungen von Philipp Mayring. Dieser beschreibt die qualitative Inhaltsanalyse als ein Instrument, das Kommunikation als Form der Übertragung von Symbolen als Referenz hat (Mayring 2003, 12).

Bei der Analyse sei systematisch vorzugehen, um freie oder impressionistische Interpretationen zu vermeiden (Mayring 2010, 603). Regeln für dieses Vorgehen müssten inhaltsanalytisch bei induktiver Kategorienbildung oder theoriegeleitet bei deduktiven Kategorienanwendungen aufgestellt werden (ebd.). Dabei ist hier ein iteratives Verfahren gewählt und zunächst mit einer induktiven Herangehensweise begonnen worden, was in der Folge verschiedene erste Thesen generiert hat<sup>3</sup>. Diese Thesen wiederum verhalfen zur Erstellung eines Kategoriensystems (ebd.), mithilfe dessen der Datensatz erneut analysiert und die Thesen angepasst wurden. Diese Rückkopplungen (ebd.: 605) haben folglich das Kategoriensystem beeinflusst und einen dritten Analyseschritt angeleitet. Ziel der Analyse ist es im Sinne des „mixed methods“-Ansatzes (Flick 2004, 72 f.), durch eine quantitative und qualitative Auswertung sowie der Verschränkung mit bereits bestehenden Erkenntnissen erste fundierte Aussagen über das Feld der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen treffen zu können. Zugrunde gelegt wurde sowohl eine strikt fragenspezifische als auch eine auf Individualebene bezogene Auswertung der Antworten, um somit auch Korrelationstendenzen zu erkennen.

Bezüglich der Veröffentlichung der Rohdaten der Umfrageergebnisse ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass aufgrund des hohen Anteils offener Antworttexte die Gefahr der De-anonymisierung sehr hoch ist, weshalb bei den veröffentlichten Antworten sehr darauf geachtet wurde, möglichst wenig Zusammenhänge zwischen Antworten und anderen Daten preiszugeben. Unter <http://www.tud.link/9ewx> können bei Interesse der Datensatz und die verwendeten Codierungen heruntergeladen werden. Diese wurden um personenbezogene Daten und Items gekürzt.

## 3. ERGEBNISSE UND DISKUSSION

Nachfolgend zeichnen wir die Ergebnisse der Feldexploration anhand von elf Thesen nach. Alle Thesen werden dabei von Antwortzitate bzw. Auswertungsstatistiken flankiert. Im anschließenden Kapitel folgen Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen sowie Empfehlungen für Entscheidungsträger:innen und weitere Forschungsansätze.

<sup>3</sup> Für die Unterstützung bei der Interpretation muss allen Mitarbeiter:innen der JoDDiD gedankt werden. Insbesondere soll hier die Hilfeleistung von Hannah Steinfatt und Anton Strehlow bei der softwaregestützten Kodierung hervorgehoben werden.

## 1. Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung beginnen ihre Tätigkeit in der Regel ohne didaktische und eher selten mit pädagogischer Ausbildung.

Die Befragten weisen in überwiegender Mehrheit einen Hochschulabschluss auf, haben jedoch in der Regel keine didaktischen Qualifikationen. Über ein Drittel hat angegeben, ein pädagogisch orientiertes Studium wie Erziehungswissenschaft, Pädagogik, soziale Arbeit, Sozialpädagogik oder eine pädagogisch orientierte Berufsausbildung abgeschlossen zu haben. Die Mehrheit hat jedoch einen Abschluss in einem sozialwissenschaftlichen Studiengang, beispielsweise Politikwissenschaft oder Soziologie erlangt. 40% der Befragten haben sehr vielfältige kulturwissenschaftlich-orientierte Studiengänge absolviert, auch wenn die Mehrheit dies als Zweitfach oder zweiten Studiengang angegeben hat. Dazu zählen wir hier neben klassischer Kulturwissenschaft als Studienfach u. a. auch Sprachwissenschaften, Musikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Nur sehr wenige Teilnehmende gaben einen natur- oder lebenswissenschaftlichen Hintergrund oder eine berufliche Ausbildung an (vgl. F6).

Diese Ergebnisse decken sich weitestgehend mit den Erkenntnissen anderer wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Unsere Ergebnisse passen zu der allgemeinen Beschreibung der Praktiker:innen des Feldes als „studierte Pädagoginnen bzw. studierte Pädagogen, [...] Politikwissenschaftler/-innen, Medienwissenschaftler/-innen, Kulturwissenschaftler/-innen, Soziologinnen und Soziologen, Historiker/-innen und andere Geisteswissenschaftler/-innen“ (Bielenberg 2017, 167 f.). Der Kinder- und Jugendhilfereport 2018 spricht davon, dass das Qualifikationsprofil von Beschäftigten der Kinder- und Jugendarbeit allgemein „breit gestreut“ ist und

„von Ärzt(inn)en über Logopäd(inn)en und Heilpädagog(inn)en, diplomierten sozialpädagogischen Fachhochschul- und Universitätsabsolvent(inn)en respektive den Absolvent(inn)en aus den einschlägigen Bachelor- und Masterstudiengängen über Hauswirtschaftler/-innen bis hin zu Personen mit einem künstlerischen Ausbildungsabschluss“ reicht (Rauschenbach u.a. 2019, 118). An gleicher Stelle wird auch der Anteil von Personen mit fachlich einschlägiger akademischer Qualifizierung über die Jahre hinweg dargestellt:

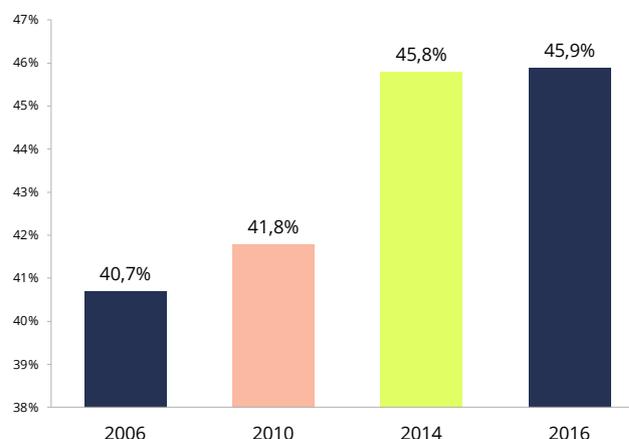


Abbildung 2: Anteil der tätigen Personen mit einer fachlich einschlägigen und akademischen Qualifizierung (Quelle: Rauschenbach u.a. 2019, 118)

Hier zeigt sich, dass die von uns erhobenen Daten nur wenige Prozentpunkte in der akademischen Qualifizierungsquote abweichen (siehe Abbildung 3).

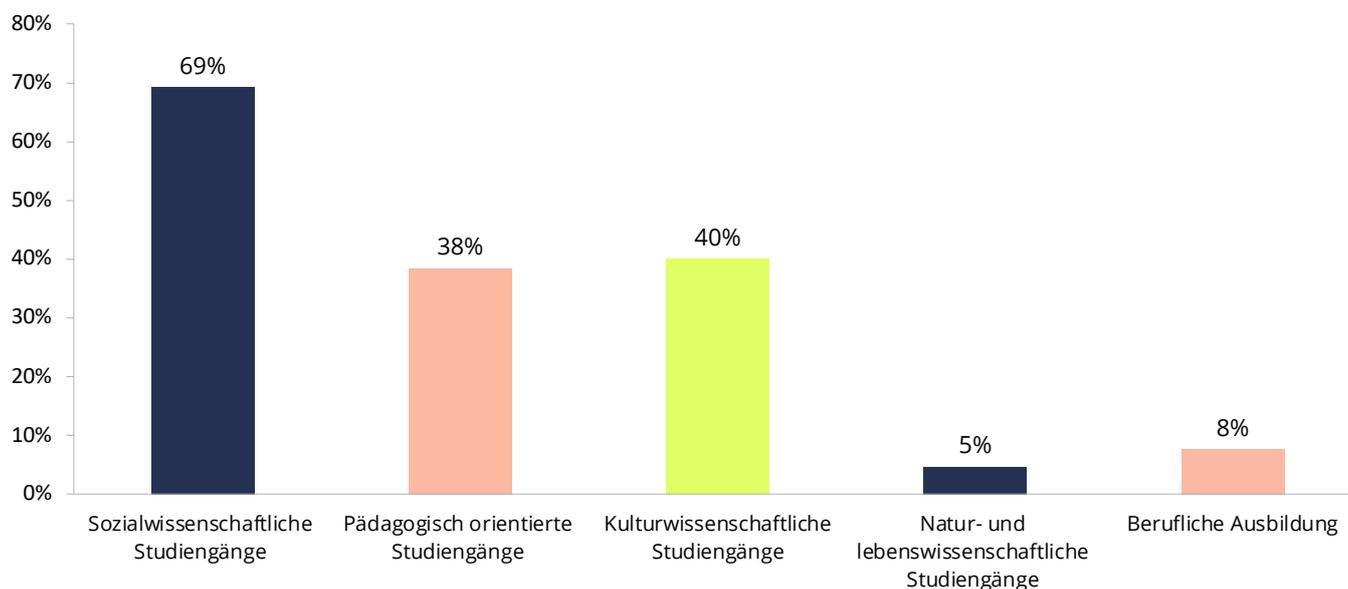


Abbildung 1: Ausbildungshintergrund, n=65, Mehrfachnennung möglich

Gründe für Abweichungen gegenüber den zitierten Studien können die nicht vorhandene Repräsentativität sein, aber auch, dass es sich bei der vorliegenden Stichprobe im Allgemeinen nicht nur um Bildner:innen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und -bildung handelt, sondern im Allgemeinen der politischen Bildung, im Besonderen auch der politischen Erwachsenenbildung.

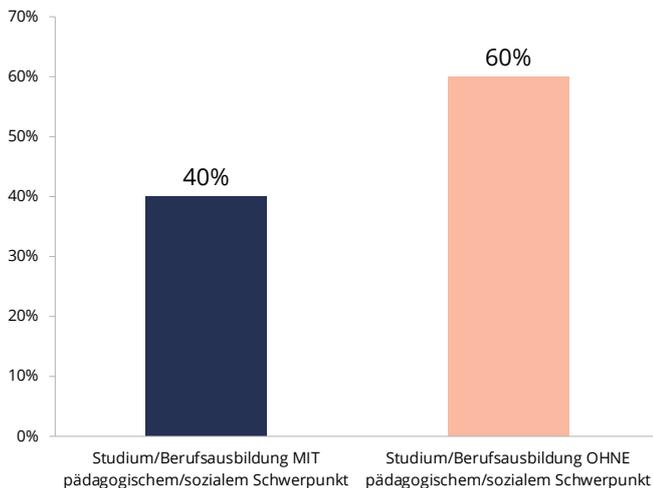


Abbildung 3: Anteile der Befragten mit und ohne Studium/Ausbildung mit pädagogischem Schwerpunkt

Letztlich fand die Rekrutierung für die Umfrage vor allem auf einer Tagung statt, was nicht selten aufgrund der wissenschaftlichen Ausrichtung eher akademisch ausgebildetes Personal anzieht.

Vergleicht man die hier vorliegenden Ergebnisse mit einer sehr kleinen Stichprobe einer qualitativen Untersuchung zu Praktiker:innen der politischen Erwachsenenbildung zeigt sich hingegen ein ähnliches Bild:

*„Wenngleich die Heterogenität der Studienabschlüsse der Befragten – es ließen sich 14 verschiedene Studienfächer aus den Geistes-, Sozial- und auch Naturwissenschaften unterscheiden – vor dem Hintergrund der Sampling-Strategie der diversifizierten Stichprobe [...] eingeordnet werden muss, tritt die Dominanz politikwissenschaftlicher Studienanteile deutlich hervor: Acht von zehn Befragten mit Studienabschluss haben in unterschiedlicher Intensität Politikwissenschaft als Haupt- oder Nebenfach im Rahmen eines Diplom-, Magister- oder Lehramtsstudiengangs studiert. Darüber hinaus besitzt die Hälfte der Universitätsabsolvierenden unter den Befragten (fünf von zehn) einen Studienabschluss in Geschichte. Demgegenüber können nur vier ein Studium mit pädagogischem Bezug vorweisen, darunter zwei ein schulzentriertes Lehramtsstudium ohne explizite erwachsenenpädagogische Studienanteile und zwei ein Studium mit ausgewiesenem erwachsenenpädagogischen Schwerpunkt (erziehungswissenschaftlicher Diplom- oder Erwachsenenbildungsaufbaustudiengang).“ (Scheidig 2016, 162 f.)*

## 2. Die Karrierewege außerschulischer politischer Bildner:innen sind vielfältig und es gibt keine „typischen“ Berufsbiographien.

*F7P24: „7 Jahre Intensivtherapie/Anaesthesie; 23 Jahre Humanitäre Hilfe, 1,5 Jahre Integrationskoordinatorin, 6 Monate Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration“*

Die Befragten gaben unterschiedlichste Zugänge zu ihren Tätigkeiten in der außerschulischen politischen Bildung an. Zugang zur Tätigkeit fanden viele Teilnehmer:innen der Umfrage durch ehrenamtliche Tätigkeiten und Praktika (vgl. F7):

*F7P118: „Ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig seit 2007, als Betreuerin bei Ferienfreizeiten. Erst Jugendamt, dann eigener Verein. Seit 2004 direkt nach dem Studium in die offene Jugendarbeit mit einem einjährigen Ausflüg in die Schulsozialarbeit, die für mich schwer erträglich war aufgrund der völlig fehlenden demokratischen Strukturen im sächsischen Bildungssystem“*

Einige Befragte haben bereits sehr vielfältige berufliche Vorerfahrungen gemacht und sind erst nach vielen vorherigen Stationen an ihrer jetzigen Arbeitsstelle angekommen, wohingegen es auch einige gibt, deren Berufseinstieg die außerschulische politische Bildung darstellt:

*F7P128: „- einige Jahre Geschäftsführung bei einem parteinahen Jugendverband - Praktika u. a. in der Kampagnenplanung bei attac, der Deutschen Nationalbibliothek - Bildungsreferent für FARN - Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz - Organisation diverser Gedenkstättenfahrten für verschiedene Träger“*

*F7P34: „Fing gleich mit politischer Bildung an, Praktika auch im Bereich Journalismus“*

Ebenfalls zeigt sich, dass sich viele Praktiker:innen von Projektanstellung zu Projektanstellung bewegen bzw. ihre (ehemaligen) Tätigkeitsbeschreibungen generell als „Projektmitarbeiter:innen“ sehen:

*F7P78: „einige Jahre Jugendverbandsarbeit einige Jahre Beratung von Vereinen und Initiativen einige Jahre Projektarbeit + Erwachsenenbildung im Sozialen Bereich und Integration von Geflüchteten“ [sic!]*

Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass sich abgesehen von Ehrenämtern und Praktika sowohl in der beruflichen Ausbildung als auch in den beruflichen Stationen bis hin zur außerschulischen Bildung keine wirklich typischen Karrierewege abzeichnen. Es kann lediglich ein Schwerpunkt von sozial- und kulturwissenschaftlichen sowie pädagogischen Studiengängen festgehalten werden. Weniger von Bedeutung scheint dabei zu sein, was erlernt wurde, sondern eher

das persönliche Engagement bzw. die persönliche Bedeutung der eigenen Arbeit. Zu ähnlichen Ergebnissen für die politische Erwachsenenbildung kommt auch Falk Scheidig: „Das für Erwachsenenbildungshandeln nötige pädagogische Wissen und Kompetenzprofil erwarben die Befragten laut eigener Aussage u. a. bei der Bundeswehr, in einem Volontariat, während des Lehramtsreferendariats, durch Vorträge und Kolloquien als Wissenschaftler oder durch ein politisches Ehrenamt.“ (Scheidig 2016, 182)

### 3. Außerschulische Bildner:innen wünschen sich didaktische und pädagogische Reflexion, Qualifizierung und Professionalisierung. Sie formulieren dabei konkrete Bedarfe.

*F14P35: „[...] Ich wünsche mir einen Workshop, bei dem ich verschiedene Tools kennenlernen und ausprobieren kann.“*

Die befragten außerschulischen politischen Bildner:innen wünschen sich Zeit zur Qualifizierung und Professionalisierung. Neben konkreten Formaten besteht bei einigen der Wunsch, sich auch stärker selbst fortzubilden und zu belesen. Darüber hinaus wünschen sie sich mehr Zeit zur Reflexion, zum Austausch und zur Vor- und Nachbereitung (vgl. F11).

*F16P90: „[...] Was ist Bildung und wie erreichen wir damit viele junge Menschen, nicht nur die Bildungsinteressierten?“*

Die Befragten machen immer wieder ein Erkenntnisinteresse in Bezug auf bestimmte Fragen deutlich. Daraus ergeben sich implizite Bedarfe zur Qualifizierung hinsichtlich der Themenbereiche: Elementarisierung, Umgang mit Vielfalt, Themenauswahl, Zugang zur Zielgruppe, Antragsberatung, Moderation, Umgang mit Angriffen (vgl. F12, F15, F16). Vor allem die Frage danach, wie Zielgruppen, die als schwer erreichbar oder abgehängt gelten, erschlossen werden können, wird immer wieder geäußert:

*F16P72: „Wie lassen sich Menschen für politische Bildung interessieren, die sich abgehängt und von den politischen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen? Wie lässt sich durch politische Bildungsarbeit die Erfahrung von Selbstwirksamkeit erreichen? [...]“*

*F16P71: „- wie rankommen an Ü40-Personen mit verfestigtem Weltbild, keine Reflexion zu Rassismus etc.“*

*F16P93: „Wichtigste Frage (weshalb wir uns auf berufliche Bildung spezialisiert haben): Wie erreichen wir die nicht geeigneten Gruppen? Wie kommen wir an die Menschen, die nicht ohnehin Interesse an Demokratie, politischer Bildung etc. haben? [...]“*

*F16P127: „Ansätze, Grenzen und Herausforderungen in der (Bildungs-)Arbeit mit "schwierigen Zielgruppen“*

*(manifeste bis beinah geschlossene Weltbilder) bzw. auch Hinweise zur langfristigen Weiterarbeit an staatlichen Strukturen, Förderungen, blinde/weiße Flecken in der Angebotslandschaft Bildung von und mit Menschen im Alter von 65+“ [sic!]*

Von 41 Befragten, die sowohl ihr Arbeitsfeld (vgl. F3) als auch ein ‚utopisches‘ Wunschprojekt (vgl. F10) beschrieben haben, lagen bei 22 Menschen die beschriebenen Wunschprojekte sehr nah an ihrem bisherigen Arbeitsfeld. Dies ist sicherlich zunächst mit dem eigenen Engagement und der persönlich hohen Bedeutung des eigenen Arbeitsfeldes zu erklären, könnte jedoch auch ein Ausdruck von fehlender Zeit, personeller oder materieller Ressourcen sowie fehlender Unterstützung für Kreativität und Innovation sein.

### 4. Praktiker:innen der außerschulischen politischen Bildung verfügen über bewährte Erfahrungen aus bereits umgesetzten politischen Bildungsprojekten. Gleichzeitig gibt es Hinweise darauf, dass es einen erhöhten Bedarf an Systematisierung und Einordnung des Wissens gibt, sowie ein Bedarf nach Selbstversicherung der Wirksamkeit eigener Arbeit besteht.

*F17\_2P108: „Wenn man zusammen an einer gemeinsamen Idee oder an einem Projekt arbeitet und dran bleibt, kriegt am an Team alles hin!“ [sic!]*

Durch ihre eigene Praxiserfahrung haben sich Beschäftigte in der außerschulischen politischen Bildung u. a. umfangreiches methodisches und didaktisches Wissen sowie Kompetenzen erarbeitet. Die Bildner:innen scheinen durch ihre Arbeit sehr sensibel für Diskriminierung und Vielfalt zu sein (vgl. F17):

*F17\_1P22: „Ich bin noch sensibler für Diskriminierungserfahrungen geworden.“*

*F17\_2P64: „dass es sehr unterschiedliche Zielgruppen gibt die sehr unterschiedlich angesprochen werden müssen.“ [sic!]*

Auf die Frage, was sie in ihrer Tätigkeit gelernt hätten (vgl. F17), werden u.a. die Bedeutung von didaktischen und methodischen Prinzipien erwähnt: Zielgruppen- und Lebensweltorientierung sowie (Binnen-) Differenzierung umsetzen, Zugang und Niedrigschwelligkeit schaffen, Meinungsvielfalt und Kontroversität ermöglichen, Partizipation und Demokratie handelnd erfahren sowie auf Beziehungsarbeit und Anerkennung achten. Daneben werden bestimmte Handlungsweisen aufgezählt, die wichtig seien: Zuhören, authentisch sein, moderieren können, Geduld und Ausdauer haben sowie flexibel sein und gleichzeitig strukturiert arbeiten. Es besteht offenbar eine hohe Sensibilität für Themen wie Vielfalt und Diskriminierung sowie für die entsprechenden didaktischen Prinzipien. Gleichzeitig wird genau in diesem

Bereich ein Qualifikationsbedarf formuliert (siehe These 3). Das Zusammenkommen von hoher Achtsamkeit für Vielfalt und Diskriminierung sowie dem gleichsamem Bedarf nach mehr Qualifikation in diesem Bereich steht keineswegs im Widerspruch. Ursachen dafür könnten eher in einer fehlenden Verknüpfung von eigener Sensibilität und Praxiserfahrung mit theoretischem Wissen sowie einer didaktischen Brille, die als Erklärungswissen und Reflexionsrahmen genutzt werden kann, vermutet werden. Ebenso kann dies an der Einsicht liegen, dass das Feld inklusiver politischer Bildung mit dem Moment der Erkenntnis, dass Ausschluss vielfältig und stark im Feld politischer Bildung wirksam wird, für die eigene Arbeit und bildnerische Tätigkeit schnell überfordernd wirken kann. Darüber hinaus wird auch eine hohe Sensibilität für die Bedeutung von Netzwerken und ein Bedarf an Vernetzung deutlich (vgl. F10, F16, F17):

*F17\_3P80: „NETZWERKE sind das wichtigste überhaupt.“*

*F17\_3P22: „Netzwerkarbeit ist ganz wichtig.“*

*F17\_3P116: „Netzwerke sind für die politische Bildung von großer Bedeutung.“*

*F17\_3P128: „Netzwerken ist alles.“*

Es existieren offenbar nur bedingt institutionalisierte Strukturen, um individuelle Praxiserfahrungen im Feld zu distribuieren und nachhaltig für alle nutzbar zu machen.

*F16P34: „Auftrag [...] Unterstützungsbedarf: Plattform für Austausch mit Kolleg\*innen“*

Diese Befunde schließen sich an die Forderungen des 16. Kinder- und Jugendberichts an, der Vernetzung (auch über die Grenzen der außerschulischen politischen Bildung hinaus) als wichtige Ressource einstuft:

*„Eine Verzahnung der praktischen Ansätze und eine gegenseitige Kenntnis- und Bezugnahme der hoch anschlussfähigen, aber bisher noch zu sehr voneinander abgetrennt laufenden Fachdebatten in den einzelnen Handlungsfeldern könnte helfen, diese Missverständnisse und vorurteilsbehafteten Vorstellungen von politischer Bildung auszuräumen. Es braucht dazu mehr Kommunikation und ein besseres Verständnis über die jeweiligen Konzepte und die Praxis sowie ein Verständnis für die arbeitsfeldspezifischen Zugänge und Stärken. Dies könnte in der Konsequenz zu mehr Kooperationen führen, arbeitsfeldübergreifend politische Bildung ermöglichen und zu einer Weiterentwicklung der Praxis beitragen.“ (BMFSFJ 2020, 357)*

Der Bedarf an Vernetzung, Netzwerken und Austausch könnte ein Ausdruck von gegenseitiger Selbstversicherung und Selbstwirksamkeit sein. Letzteres spiegelt sich möglicherweise auch in dem Bedürfnis nach Evaluation bzw. Evaluationsinstrumenten wieder:

*F16P50: „Wir müssen wissen was wirklich funktioniert und wie man Menschen im ländlichen Raum. Esser erreicht [sic!]"*

*F16P90: „Welche Angebote erzielen tatsächlich einen Erfolg bei jungen Menschen in der Bildungsarbeit?"*

*F16P45: „Wie wir selbst unsere Arbeit besser und stichhaltiger evaluieren können - die normalen Evaluationen sind schlecht und nerven“*

*F16P42: „Es wär wirklich mal eine Hilfe wenn jemand nachweisen könnte dass unsere Arbeit bedeutungsvoll ist“ [sic!]"*

*F16P60: „Evaluation und Bewertung bestehender Angebote zur Inspiration; regelmäßige Publikation darüber“*

*F16P116: „Wie können etablierte Bildungsangebote strategisch weiterentwickelt werden, um deren Wirkung zu vergrößern?"*

Helle Becker stellt in diesem Zusammenhang die These auf, dass aufgrund der diversen Qualifikationshintergründe sowie der fehlenden genuinen Ausbildungsgänge in der außerschulischen politischen Bildung, eine Qualifizierung 'on the job' Hürden für ein Professionsverständnis und eine eigene Identität sein könnten (Becker 2020, 67 f.).

**5. Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung und deren Angebote sind zum Teil massiven Angriffen, Störungen sowie Anfeindungen ausgesetzt.**

*F19P42 auf die Frage nach anderen Angriffen oder Anfeindungen: „Dafür reicht das Feld hier gar nicht aus..."*

Im Zusammenhang mit konkreten Herausforderungen nennen die Bildner:innen immer wieder, dass sie mit Angriffen zu kämpfen haben. Darunter sind explizit rechte, revisionistische oder verschwörerische Konfrontationen.

*F13P86: „Wir haben hier viel mit revisionistischen Zwischenfällen zu kämpfen. Früher war das vereinzelt jetzt passiert das ständig.“*

Das Ausmaß der Angriffe reicht hier von Störungen und Wortergreifungen in einzelnen Veranstaltungen bis hin zu persönlichen Morddrohungen.

*F19P116: „Es gab Beleidigungen und Morddrohungen über Soziale Netzwerke und per Mail gegen mich.“*

Herauszuheben ist hierbei, dass mehr als die Hälfte der Befragten Beschwerdeanrufe oder -emails, Störungen in Veranstaltungen und kleine Anfragen oder Anzeigen jeweils vereinzelt oder regelmäßig erleben. Insbesondere die häufige Thematisierung der eigenen Bildungsarbeit in parlamentarischen Anfragen ist sehr bedenklich, da diese mithilfe der öffentlichen Bühne des Parlaments die Träger:innen zumeist durch vermeintliche Neutralitätspostulate zu delegitimieren versucht (Sämann 2021, 105 ff.). Mit Blick auf

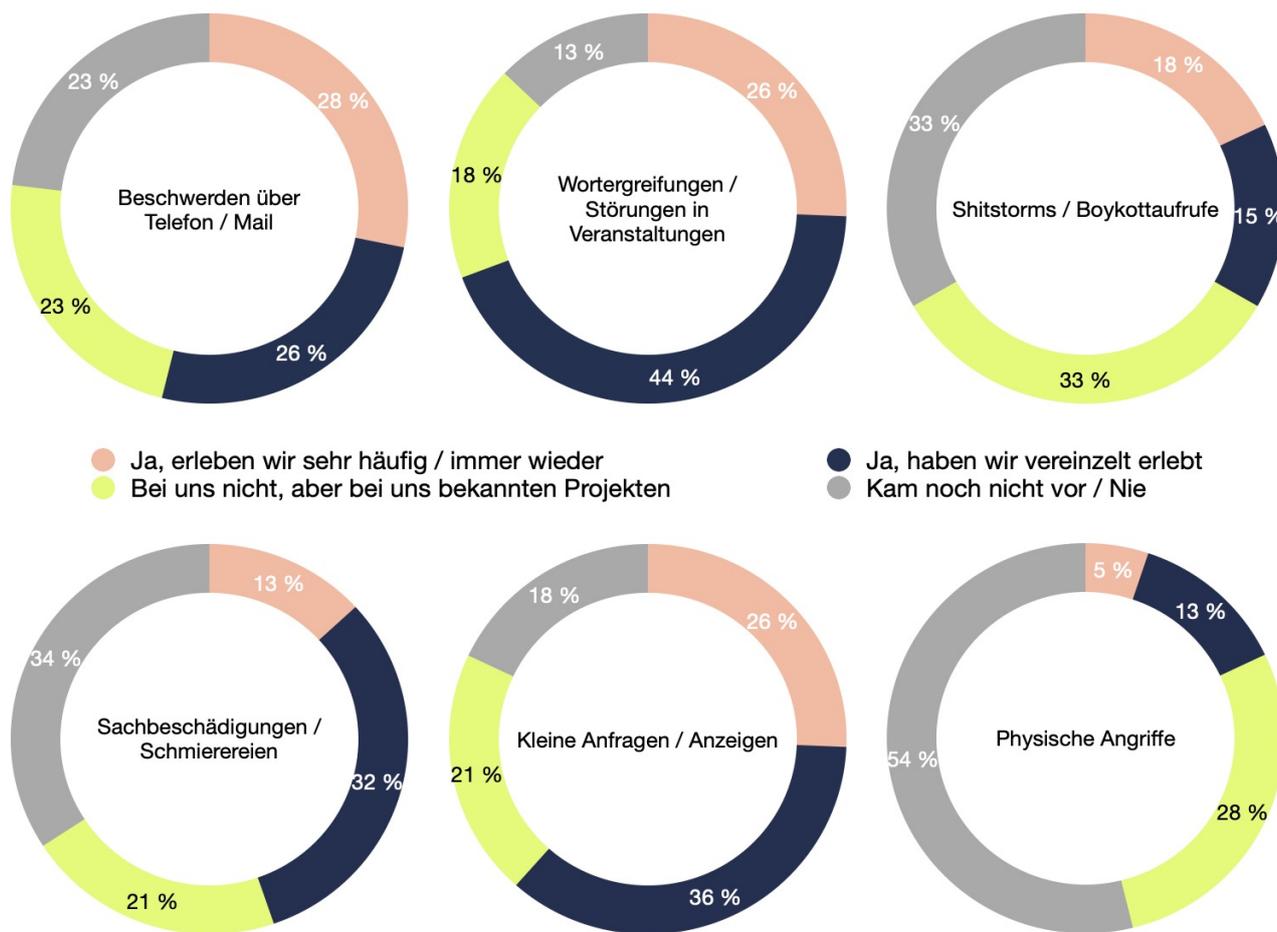


Abbildung 4: Angriffe auf die Befragten und deren Träger:innen in der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen (n=39)

die vielfach geäußerte Sorge vor dem Entzug der Gemeinnützigkeit oder der Förderzusage ist dies offensichtlich eine erfolgreiche Strategie (siehe nächste These).

Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass neben den häufigen Wortergreifungen oder digitalen Shitstorms auch mehrmals angegeben wurde, dass physische Übergriffe sehr häufig bzw. immer wieder Alltag sind. Hierbei geht es nicht um kontroverse Auseinandersetzungen oder legitime Meinungsvielfalt, sondern um offensichtlich strafrechtliche Angriffe auf Bildner:innen.

Deutlich wird, dass solche Angriffe keineswegs Einzelfälle zu sein scheinen. Diejenigen, die physischen Angriffen, Sachbeschädigungen, Schmierereien, Shitstorms bzw. Boykottaufrufen ausgesetzt sind, erleben jeweils mehrere dieser Angriffsformen und zumeist wiederkehrend, statt nur vereinzelt. Die Hälfte aller Befragten gab bei den sechs explizit abgefragten Angriffsformen an, mit drei oder mehr von ihnen bereits persönlich konfrontiert gewesen zu sein. Fünf der Befragten (13%) erlebten nach eigenen Angaben bereits alle abgefragten Formen von Angriffen. Diese Regelmäßigkeit von Angriffen im Bildungsbereich ist zutiefst besorgniserregend.

Abseits dieser statistisch abgefragten Erscheinungsformen

von persönlich erlebten Angriffen teilten einige Befragte weitere Erlebnisse mit. Darin wird die Unzufriedenheit und der Ärger nicht nur gegen die Angreifer:innen, sondern auch gegenüber Entscheidungsträger:innen und institutionellen Verantwortlichen deutlich.

*F19P86: „Am schlimmsten ist es zu merken dass auch die politisch Verantwortlichen immer ängstlicher werden.“*

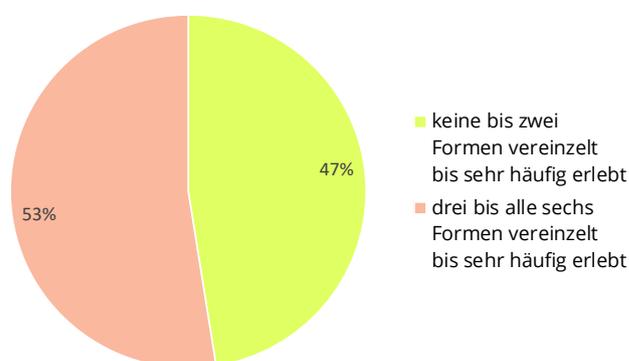


Abbildung 5: Gruppenvergleich der Anzahl erlebter Angriffsformen

WENN SIE SICH EIN WUNSCHPROJEKT FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG IN SACHSEN ERTRÄUMEN KÖNNTEN, WAS WÄRE DAS?

*„Neue Politische Bildung für Polizei und Verfassungsschutz“*

WENN SIE MIT KOLLEG:INNEN DARÜBER SPRECHEN, WIE IHRE ARBEIT SO LÄUFT, WAS SIND DIE BESTEN UND DIE SCHLECHTESTEN DINGE, DIE IHRE KOLLEG:INNEN ZU BERICHTEN HABEN?

*„Am besten ist die Flexibilität - wir können Inhalte umsetzen, die wir für wichtig erachten und für die Bedarf ist, und wir können unsere Zeit dafür relativ frei einteilen. Es ist schade, dass wir so viel Zeit für die Akquise von Fördergeldern nutzen müssen, das geht leider zu Lasten von inhaltlichen Möglichkeiten. Außerdem ist die unsichere Jobperspektive ein großes Manko.“*

*„Total frustrierend, keine Anerkennungskulturen, eingeklemmt in immobile Struktur, erdrückt von Verwaltungsimperativen, Durchkommerzialisierung der Bildung...“*

*„In dem Projekt können flexibel und spontan Projekte und Angebote entwickelt werden, wenn junge Menschen gerade den Bedarf haben. Die Projekte werden gemeinsam mit den jungen Menschen erarbeitet. Die Projekte müssen nicht ewig begründet sein und in irgendeine Struktur reinpassen, sondern ein Ziel verfolgen - der Weg dahin entsteht im Prozess“*

*„Schlecht - wenn alle passiv bleiben und man sich selbst ein Bein ausgerissen hat“*

*„Gut - wenn man das Gefühl hat, der Funke springt rüber“*

*„ich würde gerne mal was machen was es erlaubt länger mit einer Gruppe zu arbeiten und nicht nur immer schnell schnell“*

*„Die besten: Unsere Arbeit ist sinnstiftend, toll sind Beispiele/Rückmeldungen, aus denen deutlich wird, dass sich was bewegt/wir Menschen stärken können. Die schlechtesten: Die Belastung ist gefühlt immer zu hoch, immer zu viel Arbeit und wir bräuchten eigentlich mehr Kolleg\_innen für die gleiche Arbeit, um qualitativ hochwertig unterstützen zu können. Manchmal müssen wir sinnvolle Kooperationen/Zusammenarbeit absagen, schlichtweg aus kapazitären Gründen.“*

WOFÜR WÜNSCHEN SIE SICH MEHR ZEIT?

WAS SIND DIE DREI WICHTIGSTEN DINGE, DIE SIE IM RAHMEN IHRER TÄTIGKEIT GELERNT HABEN?

*„Reflexion“*

*„Anträge schreiben“*

*„Netzwerkarbeit“*

*„Lesen“*

*„Inhalte müssen der Zielgruppe stark angepasst werden (bzw. methodisch nahegebracht)“*

*„Zugang ist alles“*

*„Verwaltung, bzw. weniger Verwaltungsaufwand, damit ich mich mehr um Inhalte kümmern“*

*„Beständig sein ohne Beständigkeit vom Staat zu erfahren“*

*„Dass die meisten Angebote im ländlichen Raum absolut niedrigschwellig sind“*

*„Für gemeinsame Planung“*

*„klar sein“*

*„Für alles. Zeit mit der Zielgruppe und für Vorbereitung und Nachbereitung ... auch zum neu denken und selbst lesen ... es muss immer alles so schnell gehen“*

*„zynisch werden“*

*„weniger Inhalt zugunsten eines gesicherten Basisverständnisses“*

## 6. Die Angriffe führen bei Betroffenen nicht nur zu Sorgen um das politische Klima in Sachsen, sondern auch zu einer veränderten Arbeitsweise der Bildner:innen.

F13P42 auf die Frage nach den derzeit größten Herausforderungen: „Die gesellschaftliche Polarisierung wird auch bei uns wirklich sichtbar das ist oft sehr anstrengend.“ [sic!]

F14P42: „Wir bräuchten viel mehr Bildungsangebote damit diese Verschwörungstheorien nicht so groß werden können.“ [sic!]

Aus den selbst erlebten oder von bekannten Träger:innen gehörten Angriffen folgen unterschiedliche Konsequenzen. Diese reichen von Bestärkung und gegenseitigen Durchhalterzählungen bis hin dazu, dass die Angebote weniger konfrontativ ausgerichtet oder generell verändert werden (vgl. F20). Auf die geschlossene Abfrage bestimmter Konsequenzen für die eigene Arbeit bejahen zwei Drittel, dass sie sich und ihre Arbeit zunehmend rechtfertigen müssen. Knapp die Hälfte aller Befragten gibt außerdem an, sich Sorgen um die Förderung oder Gemeinnützigkeit zu machen und dass die Bildungsarbeit viel mehr Kraft als „früher“ koste. Veranstaltungen, die rechte Ideologien, Rechtsradikalismus oder Menschenfeindlichkeit als Gegenstand haben, scheinen herausfordernd und werden in der Folge seltener in den Fokus gerückt (vgl. F10).

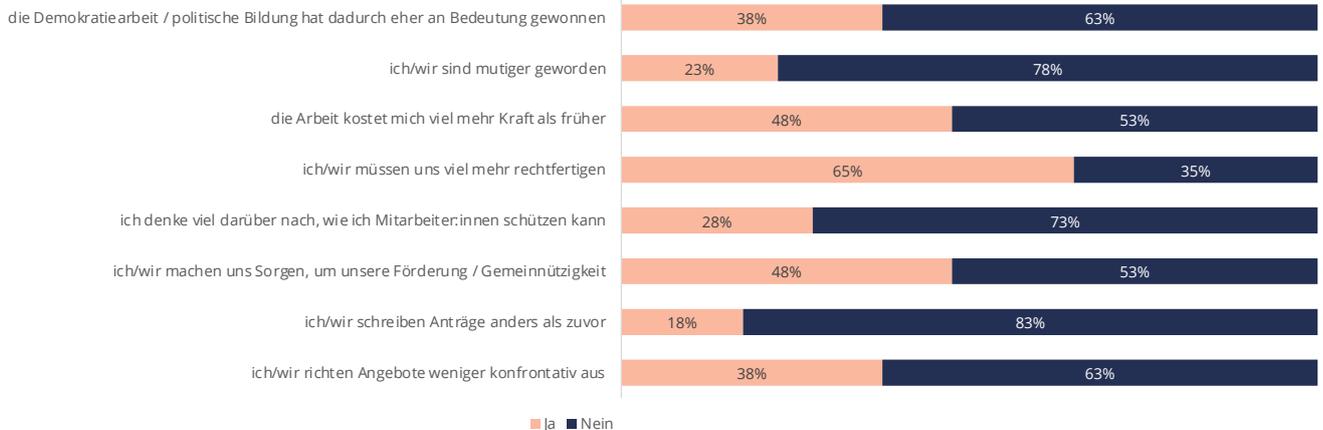


Abbildung 6: Konsequenzen aus Angriffen

Ebenso sehen sich die Anbieter:innen solcher Angebote direkt im Fokus politischer Akteur:innen und befürchten institutionelle aber auch persönliche Folgen aus ihrer Arbeit.

F21P73 auf die Frage, was einem im Hinblick auf die zukünftige Arbeit am meisten Sorgen bereitet: „Das die Einführung des Demokratiefördergesetzes zu lange dauert, doch die AfD regierende Partei wird und Demokratiearbeit als erstes abgesägt wird und alle Menschen die darin arbeiten diffamiert werden.“ [sic!]

F21P128 auf die Frage, was einem im Hinblick auf die zukünftige Arbeit am meisten Sorgen bereitet: „eine derart starke AfD, die in der Lage ist, die politische Bildung und Demokratiearbeit finanziell trocken zu legen.“ [sic!]

Auffällig ist, dass Konsequenzen aus Angriffen auch von Praktiker:innen angegeben werden, die nach eigenen Angaben von keinen Angriffen selbst betroffen sind. Hier wirkt die Vernetzung und der Austausch innerhalb des Feldes der außerschulischen politischen Bildung offensichtlich wie eine Antizipationsschleife. Diejenigen, die sämtliche Angriffe lediglich „bei uns bekannten Projekten“ erlebt haben, gaben insbesondere an, Sorgen um die Förderung und/oder Gemeinnützigkeit zu haben. Auf der anderen Seite werden solche Angriffe im vernetzten Umfeld aber auch mit einem positiven Effekt wahrgenommen: politische Bildung hat durch die vermehrten Angriffe u. a. auch an Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen - sagen mehr als ein Drittel der Befragten und insbesondere jene, die die Angriffe bislang nur beobachten, aber nicht erleben mussten.

Die größer werdende Sorge um die Gemeinnützigkeit stellte bereits Jana Sämann in ihrer Untersuchung von parlamentarischen Anfragen zu außerschulischer Jugendbildung fest: „Die oftmals ungenügende Fördersituation als Zuwendungsempfänger von knappen Mitteln prekarisiert die freien Träger der Jugendarbeit und schafft so eine besondere Abhängigkeit von öffentlicher Legitimation“ (2021, 118). Damit hängen die Angriffe bzw. deren subjektiven Ängste und Folgerungen direkt mit den Arbeitsbedingungen im Feld zusammen.

## 7. Prekäre Arbeitsbedingungen sowie institutionelle Zwänge werden als große Herausforderungen im beruflichen Wirken beschrieben.

F16P86: „Es muss mal jemand sichtbar machen unter welchem Druck wir stehen und unter welchen Bedingungen wir diese Arbeit machen“

Mitarbeiter:innen der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen sind oft in befristeten sowie Teilzeit-Arbeitsverhältnissen angestellt (vgl. F13). Ein wesentlicher Grund dafür scheint die Projektfinanzierung zu sein. Viele machen sich über ihre eigene sowie die finanzielle Sicherheit ihrer Projekte Sorgen (vgl. F21).

F12P108: „Es fehlt an Geld, um die Arbeitsstellen angemessen zu bezahlen (Tarife werden nicht von allen Arbeitgebern angewendet). Es fehlt an Geld, um genügend Personalstellen auszuscheiden.“

F13P69 auf die Frage nach den größten Hürden: „Die Vereinbarung von Beruf und Familie. Einzelkämpferin sein zu müssen, es wäre aber produktiver im Team zu arbeiten, dafür fehlen aber immer die Finanzen.“

F16P63: „Wie können gute Projekte verstetigt werden? Das Beantragen, das stetige Bangen um Fördergelder und das nicht planen können (große Unsicherheit) macht es für Menschen, die Verpflichtungen (z.B. Familie) haben enorm schwer, sich dort zu engagieren.“

Die Arbeitsbedingungen beeinflussen offenbar nicht nur die Arbeitnehmer:innen, sondern auch die Qualität der Arbeit:

F17\_3P63: „Ohne verstetigte Finanzierung passiert viel weniger, weil zu viel Zeit für Beantragung u.ä. gebraucht wird. Bzw. Sachen gar nicht stattfinden, weil die Hürden zu hoch sind (Förderlandschaft zu komplex!).“

F12P22: „Es ist schade [,] dass wir so viel Zeit für die Akquise von Fördergeldern nutzen müssen, das geht leider zu Lasten von inhaltlichen Möglichkeiten. Außerdem ist die unsichere Jobperspektive ein großes Manko.“

Die befristeten Arbeitsverhältnisse sowie die Konkurrenz um Fördergelder scheinen ein Grund für einen erhöhten Rechtfertigungs-, Zeit- und Erfolgsdruck sowie eine hohe Fluktuation unter den Bildner:innen bzw. Wanderbewegungen zwischen Projekten und Träger:innen zu sein (vgl. F7).

F17\_2P110: „Kommen und Gehen viele Themen und Menschen“

F13P128: „Der reine Modellcharakter vieler Projekte verunmöglicht eine Verstetigung, eine längerfristige Planung und bedingt vor allem auch eine Hohe [sic!] Fluktuation an politischen Bildner:innen.“

Durch die schwierigen Arbeitsbedingungen haben Projekte offenbar vermehrt Probleme, qualifiziertes Personal zu finden (vgl. F21).

F21P45: „Es ist schwer qualifiziertes Personal zu finden und zu halten - wir können einfach zu wenig Sicherheit bieten [sic!] und das gefährdet auch die Zukunft unserer Initiative“

All die hier beschriebenen Probleme im Kontext der Projektfinanzierung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen sind unter Berücksichtigung anderer Forschungserkenntnisse keine sächsischen Spezifika, sondern scheinen ein allgemeines Problem im Feld zu sein.

## 8. Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung fühlen sich für ihre Arbeit zu wenig wertgeschätzt und sind teilweise frustriert.

F22P41: „gut dass mal jemand fragt“ [sic!]

Angelehnt an und sicherlich bedingt durch die prekären Arbeitsbedingungen und institutionellen Zwänge (siehe These 7) herrscht unter den Bildner:innen teilweise große Resignation und Frustration (F12, F13, F14, F17).

F12P73 auf die Frage, was man am schlechtesten an der Bildungsarbeit findet: „Die Belastung ist gefühlt immer zu hoch, immer zu viel Arbeit und wir bräuchten eig. mehr Kolleg\_innen für die gleiche Arbeit um qualitativ hochwertig unterstützen zu können. Manchmal müssen wir sinnvolle Kooperationen/ Zusammenarbeit absagen, schlichtweg aus kapazitären Gründen.“

F12P93 auf die Frage, was man am schlechtesten an der Bildungsarbeit findet: „dauernde Abwägung zwischen Idealismus und Abhängigkeit von Geldern“

Es besteht u.a. der Eindruck, dass man von Entscheidungsträger:innen, aber auch gesamtgesellschaftlich, wenig wahrgenommen wird bzw. keine Unterstützung erhält (vgl. F15). Im Gegenteil bemängeln einige einen zunehmenden Rechtfertigungsdruck (siehe These 7).

F16P42: „Es wär wirklich mal eine Hilfe wenn jemand nachweisen könnte dass unsere Arbeit bedeutungsvoll ist ich hab das Gefühl wir müssen uns dafür ständig rechtfertigen und keiner glaubt das“ [sic!]

F12P91: „Schlechteste: [...] bürokratischer Aufwand und fehlendes Verständnis von Projektarbeit in Vereinen und selbstständigem Arbeiten; [...] fehlende (gesellschaftliche) Anerkennung der Arbeit“

Vereinzelte Antworten lassen auch auf einen Distinktionszwang ggü. schulischer (politischer) Bildung schließen (siehe auch These 10), was ein Hinweis darauf sein kann, dass das gespiegelte Fremdbild oder gar das eigene Selbstbild sie als politische Bildner:innen zweiter Klasse darstellt.

F13P65: „Primat von Schule mit ihren Kernfächern, Persönlichkeits- und Haltungsentwicklung steht oft hinten an.“

Daneben sind bürokratische Abläufe, die Förderkultur öffentlicher Zuwendungen und kommunale politische Akteur:innen Ausgangspunkt von Frustration.

F12P88: „Total frustrierend, keine Anerkennungskulturen, eingeklemmt in immobile Struktur, erdrückt von Verwaltungsimperativen, Durchkommerzialisierung der Bildung...“

F16P41: „Vielleicht kann die Stelle helfen sichtbar zu machen was bei uns los ist und dass wir dringend mehr Sicherheit und mehr Unterstützung brauchen - wir haben wirklich Angst was passiert wenn die sich wieder einen schwarzen Null zuwenden.“ [sic!]

## 9. Die Corona-Pandemie stellt eine zusätzliche Herausforderung für die außerschulische politische Bildung dar, die weiterführende Bedarfe nach sich zieht.

*F13P73 auf die Frage nach aktuellen Herausforderungen: „Seminararbeit unter Coronabedingungen und sich gefühlt wöchentlich ändernde Bestimmungen“*

Die Geschehnisse in den letzten Jahren rund um die Covid-19-Pandemie haben selbstverständlich auch vor dem außerschulischen Bildungsbereich keinen Halt gemacht. Insgesamt werden der Corona-Zeit überwiegend negative Auswirkungen und neue Hürden zugeschrieben. Mehrfach wird die eigene, unzureichende Qualifikation über technische und digitale Lösungen für außerschulische politische Bildungsarbeit bemängelt (siehe These 3). Es gäbe kaum Weiterbildungsmöglichkeiten für das Feld und wenn, dann scheitert es ebenso oft wiederum an der technischen Ausstattung der potentiellen Zielgruppe.

*F14P22: „Mehr Digitalisierung, kostenlose Bereitstellung von technischen Mitteln für alle Menschen.“*

*F13P35 auf die Frage nach aktuellen Herausforderungen: „wenig Ahnung von den digitalen Möglichkeiten (welche sinnvollen Tools gibt es für meine Arbeit?)“*

Eine noch größere Herausforderung scheint aber die Ansprache und das Erreichen der Zielgruppe insbesondere in pandemischen Umständen zu sein. Auch standen bzw. stehen außerschulische Lernorte während der Pandemie nur noch bedingt zur Verfügung.

*F13P116 auf die Frage nach aktuellen Herausforderungen: „Zielgruppen erreichen (Corona bedingt)“*

*F13P97 auf die Frage nach aktuellen Herausforderungen: „Wenig Kontakt zu den Jugendlichen, wenig Zugang zu außerschulischen Lernorten“*

*F12P128 „Am schlechtesten funktioniert, gerade auch in Corona-Zeiten, eine Erschließung neuer (jugendlicher) Zielgruppen.“*

Nicht zuletzt führt die derzeitige politische und gesellschaftliche Lage auch zu Ungewissheit über die weitere Förderung politischer Bildung und einem zunehmenden Bedeutungsverlust.

*F13P64 auf die Frage nach aktuellen Herausforderungen: „die Unsicherheit durch die Projektfinanzierung und dass unser Thema hinter Corona und Populismus droht unterzugehen“*

## 10. Die Schule als formale Institution der politischen Bildung bildet für die Befragten einen wichtigen, wenngleich ambivalenten Bezugspunkt. An ihr werden sowohl Angebote ausgerichtet („Schule als Kooperationspartner“) als auch explizite Abgrenzungsstrategien verfolgt („Schule als Gegeninstitution“).

Wie man bereits an den wörtlichen Abgrenzungen von formaler und non-formaler politischer Bildung bzw. von schulischer und außerschulischer Bildung merkt, stellt die Schule einen wichtigen Bezugspunkt dar. Dies wird auch in den Antworten der Umfrage deutlich. Dabei wird die sprachliche Trennung von Angeboten innerhalb und außerhalb des Schulsystems durchaus kritisch gesehen. Trotz des außerschulischen Wirkungsbereiches vieler Bildner:innen wird häufig auf das Schulsystem und die dortige Bildungsarbeit Bezug genommen. Einige Befragte wünschen sich explizit mehr Zusammenarbeit und Vernetzung mit schulischen Akteur:innen und verstehen Schule als Kooperationspartner:in, die u.a. durch die Schulpflicht den Zugang zu vielen gesellschaftlichen Gruppen bis zu einem bestimmten Alter vorweisen kann.

*F16P95: „Zusammenarbeit mit Schule denken, da hier wirklich alle Kinder und Jugendlichen angesprochen werden können, auch Bildungsbenachteiligte Jugendliche.“ [sic!]*

*F16P81: „Wie können z.B. Lehrplaninhalte unkompliziert und ohne viel Aufwand mit den Angeboten außerschulischen Einrichtungen, wie Gedenkstätten, Museen etc. koordiniert werden, ohne letztlich eine zusätzliche Belastung für Lehrer zu sein.“ [sic!]*

*F16P79: „Wie kann die künstliche Trennung zwischen „schulischer“ und „ausserschulischer“ Bildung so aufgelöst werden, dass im Mittelpunkt der Bildung der junge Mensch steht und von den Stakeholdern kooperativ beim Lernen begleitet wird? Nicht weiter vorantreiben: die Versäulung und Priorisierung der Bildung nach formal, informell, nonformal, illegal.“*

Dies deckt sich auch mit der Feststellung anderer Forschungsarbeiten, die insbesondere für politische Jugendbildung häufig eine erfolgreiche Kooperation mit Schulen feststellt (Besand u.a. 2018; Elverich 2017; Reich 2017; Wohnig 2017).

Die Bedeutung der Institution Schule wird auch daran sichtbar, dass die Informiertheit schulischer Akteur:innen über die jeweiligen Angebote für die eigene Arbeit als sehr relevant zurückgemeldet wird. Dies gilt v. a. für Akteur:innen mit politischen Bildungsangeboten, welche Lehrer:innen und Schulklassen als Hauptzielgruppe haben.

F15P93 auf die Frage, wem man gerne vom eigenen Angebot erzählen würde: „Lehrkräfte, Schulleitung und Sozialarbeiter:innen an berufsbildenden Schulen sowie andere Träger im Bereich beruflicher politischer Bildung zum Austausch / Vernetzung“

F16P73 auf die Frage nach Bedarfen und Wünschen an eine Forschungsstelle für außerschulische politische Bildung: „demokratische Bildungsangebote für Grundschüler\_innen und Lehrer\_innen anzubieten [und] angehende Lehrer\_innen/ Erzieher\_innen sensibilisieren hinsichtlich Antidiskriminierungs-/ Demokratiearbeit durch Wissenschaftliche Belege“ [sic.]

F14P45 auf die Frage, wie man aktuelle Herausforderungen lösen könnte: „wenn ihr so fragt - wir müssten eigentlich mal mit den Lehrkräften selbst arbeiten“

F15P45 auf die Frage, wem man gerne vom eigenen Angebot erzählen würde: „Lehrkräfte im ländlichen Raum - die erreichen wir nur sehr bedingt“

Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit Schulen aber auch als eine sehr herausfordernde geschildert. Ressentiments und Vorurteile seitens der Lehrkräfte, aber auch institutionelle Zwänge und Rahmenbedingungen behinderten eine zufriedenstellende Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

F12P91: „Schlechteste: Scheinmitwirkung, Ressentiments seitens der Lehrkräfte, wenig Ressourcen an Schulen für wichtige Inhalte“

F12P45: „wie arbeiten oft mit Schulen zusammen und die Lehrkräfte fordern uns oft sehr heraus - das ist anstrengend und unproduktiv - mit den Jugendlichen das fetzt“ [sic.]

F13P80 auf die Frage, was momentan die größten Hürden sind: „Kooperation mit 'System Schule““

Diese Unzufriedenheit mit der Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Bildner:innen drücken einige Befragte in noch weiter gefasster Kritik am schulischen Bildungssystem aus. Ihrer Erfahrung nach verunmögliche die schulische Bildung „die Ausprägung einer eigenen Haltung“ und sei für echte Demokratiebildung hinderlich.

F17\_2P92 auf die Frage, was die wichtigsten Erkenntnisse aus der eigenen Arbeit seien: „Schule verhindert die Ausprägung einer eigenen Haltung“

F10P72 auf die Frage nach eine Wunschprojekt: „viel mehr Demokratie-Bildung an Schulen“

F13P65 auf die Frage, was momentan die größten Hürden sind: „Primat von Schule mit ihren Kernfächern, Persönlichkeits- und Haltungsentwicklung steht oft hinten an.“

F14P73 auf die Frage, wie man aktuelle Herausforderungen lösen könnte: „Außerschulisches Lernen als mind. gleichwertig wichtig zu betrachten als wie Schulstoff“

F14P86 auf die Frage, wie man aktuelle Herausforderungen lösen könnte: „Viel mehr Bildungsarbeit und viel früher beginnen, die Schulen müssen das viel zentraler machen und ernsthaft umsetzen, sonst sind wir hier auf verlorenem Posten“

Die hier sichtbar gewordene Abgrenzung zum System Schule findet sich nicht nur in den vorliegenden Befunden, sondern auch vielfältig im Fachdiskurs wieder (Sander 2013, 145; Schröder 2013, 174).

„Außerschulische politische Bildung hat einen eigenen Bildungsauftrag und ist keine Fortsetzung schulischen Unterrichtes. [...] Schulische und außerschulische politische Bildung ersetzen sich nicht, sondern ergänzen sich im besten Fall.“ (Bielenberg 2017, 171)

## 11. Innerhalb der Gruppe der Befragten wird politische Bildung entlang von Zielgruppenkonzepten geplant, gedacht und umgesetzt. Weitere didaktische Konzepte wie beispielsweise Aktualität, Orte oder Inhalte spielen weniger eine Rolle.

F17\_1P81: „[Wir müssen] zielgruppenorientiert arbeiten“

Aus den offenen Antworten innerhalb der Umfrage wird immer wieder sichtbar, wie präsent die Ausrichtung und Fokussierung der eigenen Arbeit und Gedanken auf „Zielgruppen“ gerichtet ist.

F16P128: „[Ich sehe] die Forschungsstelle als Chance, empirisch belegte Bedarfsabfragen dazu zu nutzen, um neue Zielgruppen zu finden.“

Die Aussagen zu den Zielgruppen der eigenen Bildungsarbeit beruhen dabei überwiegend auf Zuschreibungen und Erfahrungen mit bestimmten Teilnehmer:innenkreisen.

F16P127: „Ansätze, Grenzen und Herausforderungen in der (Bildungs-)Arbeit mit "schwierigen Zielgruppen““

F17\_2P64: „dass es sehr unterschiedliche Zielgruppen gibt die sehr unterschiedlich angesprochen werden müssen“

F17\_3P34: „Inhalte müssen der Zielgruppe stark angepasst werden (bzw. methodisch nahegebracht)“

Dabei birgt das Zielgruppenkonzept die Gefahr der Verstärkung von gruppenbezogenen Zuschreibungen und Klassifizierungen (Besand/Jugel 2015, 104–108) und ist damit zu meist ungeeignet für inklusive politische Bildungsangebote.

## 4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

**Es braucht passgenaue Weiterbildungen, bessere Ausbildungsangebote, einen eigenen Studiengang sowie spezifische Forschung im Kontext außerschulischer politischer Bildung.**

Die Ergebnisse zeigen, dass zwar ein breites Wissen und vielseitige Kompetenzen im Feld vorhanden sind (siehe These 4), gleichzeitig aber Unsicherheiten sowie konkrete Qualifikations- und Vernetzungsbedarfe bestehen. (siehe These 3). Dies ist im Angesicht der vielfältigen Bildungsbiografien

sowie Karrierewege (siehe These 1/2) nachvollziehbar. Es bedarf folglich vielfältiger fachdidaktischer Qualifikations- und Professionalisierungsangebote, die mit den beruflichen Anforderungen und Bedingungen vereinbar sind (bspw. eine digitale Abendschule, nicht textualisierte Zugänge etc.). Bei der Finanzierung von Projekten sollten grundsätzlich berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten eingeplant werden. Auch über die konsequente Finanzierung von Bildungsurlaub sollte nachgedacht werden. Die Einrichtung einer zentralen Datenbank für relevante Weiterbildungsangebote könnte Orientierung schaffen und eine gezielte Qualifizierung ermöglichen. Es braucht darüber hinaus spezifische Ausbildungs- und Karrierewege für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Dies könnte in spezialisierten Studiengängen erfolgen. Mindestens sollte aber in relevanten Studiengängen das Angebot für eine didaktische Ausbildung erweitert bzw. überhaupt erst aufgebaut werden. An dieser Stelle kann sich nur der Handlungsempfehlung des 16. Kinder- und Jugendberichts angeschlossen werden:

*„Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie – die Fachkräfte haben auf unterschiedlichen wissenschaftlichen Ausbildungswegen zur politischen Bildung gefunden. Was von Vorteil ist, wenn es darum geht, Erkenntnisse verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen in die Praxis einzuspeisen, verweist zugleich auf das Manko, dass es keine gezielte wissenschaftliche Ausbildung – ebenso keine wissenschaftliche Weiterbildung – für die non-formale politische Bildung gibt. Diese Leerstelle muss dringend geschlossen werden. Es braucht mehr Lehrstühle für politische Bildung, speziell für den non-formalen Bereich. Zudem wäre es für die angehenden politischen Bildnerinnen und Bildner eine große Unterstützung, wenn in den angrenzenden Bezugsdisziplinen zumindest grundlegende Informationen über das Arbeits- und Berufsfeld der außerschulischen politischen Bildung vermittelt würden“ (BMFSFJ 2020, 364)*

### **Es braucht mehr Vernetzung und kalkulierte Evaluationen.**

Dem Bedarf an Vernetzung sollte vielfältig begegnet werden. Neben Räumen, Strukturen und Ressourcen bedarf es hier auch einer Infrastruktur zur Dokumentation von Erfahrungen und Praxis sowie zum Austausch darüber. Außerdem sollten Fachtagungen für das Feld der außerschulischen politischen Bildung niedrigschwelliger werden. Hier gibt es nicht nur die Möglichkeit der Qualifikation, sondern auch der Vernetzung. In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung eines eigenen Professionsverständnisses als politische Jugend- und Erwachsenenbildner:innen sinnvoll. Möglichkeiten der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung, um Praxiswissen der Forschung und fachdidaktische Erkenntnisse der Praxis zugänglich zu machen, erscheinen in diesem Kontext notwendig. Im Sinne einer Qualitätssicherung politischer Bildungsarbeit, aber auch um den als sehr hoch empfundenen Rechtfertigungsdruck abzufedern, sollten Förderbewilligungen

zusätzliche Mittel für eine (externe) nachhaltige und wissenschaftliche Evaluation von Pilotprojekten und innovativen Projektideen einkalkulieren.

Zur Umsetzung solcher Evaluationen ist die empirische Forschung gefragt, passgenaue, aber auch wiederverwendbare Evaluationsinstrumente bereitzustellen. Denkbar wären Evaluationsvorlagen und Auswertungsleitfäden. Hierbei sind der digitale Raum bzw. digitale Anknüpfungspunkte mitzudenken.

Bewährte und positiv evaluierte Ansätze und Gelingensbedingungen müssen nachhaltiger den Akteur:innen und Träger:innen zur Verfügung gestellt werden.

### **Mehr Sichtbarkeit und Unterstützung ist gefragt!**

Akteur:innen der außerschulischen politischen Bildung sehen sich einer Vielzahl an Angriffsformen und Konfrontationen ausgesetzt. Dies wirkt nicht nur bei den direkt betroffenen Bildner:innen, sondern durch die Vernetzung im Feld in Form einer Antizipationswirkung ebenso auf nicht direkt betroffene Träger:innen. Befragte melden zurück, dass sie u.a. Angebote weniger konfrontativ ausrichten und unter höherem Rechtfertigungsdruck stehen.

Um einen besseren Überblick über dieses Problemfeld zu bekommen, bedarf es einer systematischen Erfassung und qualitativen wie quantitativen Evaluierung von medialen, strukturellen und physischen Angriffen im Feld der non-formalen politischen Bildung. Es fehlt hierbei an Wissen zu Angreifer:innen, zu deren Motivation und zu Bewältigungs- und Handlungsstrategien bei Betroffenen. Um einer Hilf- und Handlungslosigkeit entgegenzuwirken und Betroffene zu unterstützen, ist die Ausstattung einer Anlaufstelle zur rechtlichen und strategischen Beratung im Umgang mit Angriffen in Form von Hatespeech, Belästigung, Durchsetzung des Hausrechts, antidemokratischen Wortergreifungen in Veranstaltungen, physischen Angriffen usw. dringend gefragt. Damit politisch motivierte Angriffe auf Bildner:innen nicht den intendierten Erfolg haben, sollten Träger:innen demokratischer Bildungsarbeit gestärkt werden. Beispielsweise sollte die Sorge um den Verlust der Gemeinnützigkeit oder der als sehr hoch empfundene Rechtfertigungsdruck eigener Arbeit zu lindern versucht werden. Wie Sämann (2021: S. 118) bereits erwähnt, kann dies u.a. mit der Abkehr von befristeten Projektförderungen und der damit einhergehenden Abhängigkeit von öffentlicher Legitimation geschehen.

Wenn qualifizierte Akteur:innen im Feld der außerschulischen politischen Bildung gehalten werden sollen, ist außerdem der vielfach geäußerte Wunsch nach stärkerem politischen Rückhalt insbesondere gegenüber Träger:innen, die öffentlich ausgeschriebene Projekte zur Demokratieförderung und politischer Bildung durchführen, ernst zu nehmen.

### **Die Förderstrukturen und -kulturen für die außerschulische politische Bildung müssen sich grundlegend ändern.**

Die Feldexploration hat gezeigt, dass die Befragten oft in prekären Arbeitsverhältnissen angestellt sind, sie unter Zeit- und Erfolgsdruck arbeiten (siehe These 8) und sich

nur wenige anerkannt fühlen. Dies scheint nicht selten zu Frustration zu führen (siehe These 9). Es bedarf folglich einer Verstärkung und Ausweitung der Finanzierung der Träger:innen der außerschulischen politischen Bildung - weg von Projektbefristungen. Dabei braucht es auch angemessene Bezahlung unter Berücksichtigung des hohen Anteils akademisch ausgebildeter Bildner:innen (bspw. eine Eingruppierung in Anlehnung an den öffentlichen Dienst). Des Weiteren ist es notwendig, genügend Zeit und Flexibilität zur konzeptionellen und reflektierenden Arbeit innerhalb der Projekte einzuräumen.

Insgesamt aber sollte die Förderkultur strukturell und inhaltlich überarbeitet werden. Eine Demokratisierung und Enthierarchisierung von Abhängigkeitsverhältnissen sollte in diesem Zusammenhang mitgedacht werden.

Erfolgreiche Bildungsprojekte benötigen mehr Visibilität und Aufmerksamkeit, um von ihnen und ihrer fachdidaktischen und methodischen Umsetzung zu lernen. Hierfür bedarf es einer ausreichenden, kontinuierlichen und nachhaltigen monetären sowie gesellschaftlichen Anerkennung der Akteur:innen in der außerschulischen politischen Bildung. Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischen Hürden bei der Projektfinanzierung und -verwaltung sowie eine Stärkung der Eigenständigkeit (und Wertigkeit) der Profession.

### **Corona macht zusätzliche Bedarfe sichtbar.**

Die Corona-Pandemie hat auch im außerschulischen politischen Bildungsbereich Spuren hinterlassen und zu Schwierigkeiten beim Erreichen der Zielgruppe und bei der Durchführung der Angebote geführt. Die Befragten äußern in diesem Zusammenhang mehrheitlich einen Unterstützungsbedarf in Bezug auf digitale Möglichkeiten und neue Formate, die durch pandemische Zeiten notwendig werden. Angebote hierfür müssen verstärkt zur Verfügung gestellt und dem Feld zugänglich gemacht werden. Außerdem muss auch die Aus- und Weiterbildung von außerschulischen Bildner:innen eine zeitgemäße Medienbildung integrieren.

### **Die Schule wird im Feld als Freund und Feind wahrgenommen.**

Die formale Bildungsinstitution Schule wird unter den Befragten sehr ambivalent betrachtet. Einige betrachten sie als wichtige Kooperationspartner:in und deren Akteur:innen als Hauptzielgruppe ihrer Bildungsangebote. Andere verfolgen explizite Abgrenzungsstrategien und sehen in ihr eher eine Gegeninstitution.

Für beide Ansichten wäre eine Vernetzung und ein institutionalisierter Austausch über Erfahrungen und Bedürfnisse aus der eigenen Bildungsarbeit heraus wertvoll. Die Vielzahl der Angebote im non-formalen Bereich bedürfen einer höheren Sichtbarkeit, um die Schüler:innen, die aus so gut wie allen gesellschaftlichen Bereichen stammen, über außerschulische Möglichkeiten zu informieren und ihnen diese passgenau zu bewerben. Auf der anderen Seite können außerschulische Akteur:innen gezielt Lücken der schulischen Bildung bedienen und somit bedarfsorientierte Angebote konzipieren.

### **Die bestehenden Zielgruppenkonzepte müssen überdacht werden!**

Unterbeleuchtet - im gesamten Feld politischer Bildung - bleiben andere Bezugskonzepte. Beispielsweise ließen sich Angebote und Projekte auch vom Raum oder Ort herdenken und konzipieren, an denen sie stattfinden sollen (Stichworte: politische Bildung im Supermarkt, in der Straßenbahn oder im ärztlichen Wartezimmer). Zur Erweiterung der Bildungsangebote im non-formalen Feld sind Ideen und Ansätze jenseits von Zielgruppenfokussierung in den Blick zu nehmen. Dies birgt die Chance, die Reichweite einzelner Projekte zu erhöhen.

Zu erwähnen ist jedoch, dass aus den Antworten und der impliziten Fokussierung auf Zielgruppen nicht ersichtlich ist, warum eben die Befragten so dominant auf das Konzept rekurrieren. Denkbar ist auch, dass der Zielgruppenbegriff inhärenter Bestandteil von Ausschreibungen und Projektanträgen und deshalb präsent ist.

## **5. AUSBLICK**

Die vorliegende Studie zur ersten Exploration des Feldes der außerschulischen politischen Bildung:innen in Sachsen gibt zahlreiche Hinweise auf die Konstitution des Feldes, die bestehenden Herausforderungen, Bedarfe und Entwicklungspotentiale.

Es konnte festgehalten werden, dass die Befragten sehr diverse Ausbildungshintergründe und Berufsbiographien aufweisen. Obgleich sie sich umfangreiches und einschlägiges Praxiswissen angeeignet haben, formulieren sie gleichzeitig konkrete didaktische Qualifikationsbedarfe. Dazu gehören u.a. der Umgang mit diversen Zielgruppen, aber auch die Entwicklung digitaler Formate vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie. Mit entsprechenden Erhebungsinstrumenten weiter nachgegangen werden muss der These, dass es einen Bedarf zur Entwicklung von reflexiv-theoretischen Kompetenzen und den praxisrelevanten Implementationsfähigkeiten gibt. In diesem Kontext könnten auch Kenntnisse zur Entwicklung einer gemeinsamen Professionsidentität und dessen Implikationen auf praktisches Handeln vertieft werden.

Daneben konnten die Herausforderungen der sächsischen Bildung:innenlandschaft skizziert werden. Vor allem die zeitlich begrenzte Projektfinanzierung scheint zahlreiche negative Folgen zu haben. Neben dem individuellen Druck durch prekäre Arbeitsbedingungen in teils atypischen Beschäftigungsverhältnissen bleibt durch administrative Aufgaben weniger Zeit für die qualitative Ausgestaltung der Angebote. Es zeichnet sich ein größeres Problem ab, qualifiziertes Personal für Bildungsangebote zu finden und es hat sich ein kollektiver Rechtfertigungs- und Erfolgsdruck entwickelt. Dies scheint einer der Gründe zu sein, warum die Befragten an verschiedensten Stellen deutlich machen, dass sie sich für ihre Arbeit wenig wertgeschätzt fühlen und unter den eigenen Arbeitsbedingungen frustriert sind.

Hier besteht vor allem politischer Handlungsbedarf, die außerschulische politische Bildungsarbeit anders und langfristiger zu finanzieren.

Besorgniserregend scheinen die Hinweise darauf, dass die befragten Bildner:innen in Sachsen Angriffen verschiedenster Formen ausgesetzt sind und sich gleichzeitig große Sorgen um das politische Klima im Freistaat machen. Das Ausmaß der Angriffe reicht von Störungen und Wortergreifungen in einzelnen Veranstaltungen bis hin zu physischen Angriffen und persönlichen Morddrohungen. Hier braucht es nicht nur entsprechende Unterstützungsstrukturen, sondern auch gezielte Folgeforschung, um die hier angedeuteten Hinweise auf die negativen Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit genauer zu untersuchen. Aufgrund der Breite der Studie und einiger methodischer Fallstricke bei der Itemerstellung und -formulierung (siehe Einleitung) müssen die hinweisartigen Erkenntnisse als Anhaltspunkte für vertiefte Auseinandersetzungen und anschließende Forschungsarbeiten verstanden werden.

Obwohl es sich bei der vorliegenden Studie aber um eine pilotartige Feldexploration handelt, verdichten sich die Hinweise auf einen bestehenden Bedarf an Qualifikation, Beratung sowie Anerkennung und Sicherheit im Feld der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen.

## LITERATUR

- Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13). [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/dasdji/publikationen/Brosch%C3%BCren\\_2021\\_online/Becker\\_Exp16KJB\\_16032021\\_final.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/publikationen/Brosch%C3%BCren_2021_online/Becker_Exp16KJB_16032021_final.pdf)
- Besand, Anja/Hölzel, Tina/Jugel, David (2018): Inklusives politisches Lernen im Stadion. Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf. Dresden.
- Besand, Anja/Jugel, David (2015): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierteter Differenzlinien. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung; Bd. 1617). Bonn, S. 99–109.
- Bielenberg, Ina (2017): Außerschulische politische Jugendbildung als Profession. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung (Wochenschau Studium). Schwalbach/Ts., S. 161–172.
- BMFSFJ (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. KJB.
- Boeser, Christian (2021): „Es ist möglich diejenigen zusammenzubringen, die sonst eher übereinander als miteinander reden.“. In: Hufer, Klaus-Peter/Oeftering, Tonio/Oppermann, Julia (Hrsg.): Interviews zur außerschulischen Jugend- und zur Erwachsenenbildung (Positionen der politischen Bildung; Bd. 3). Frankfurt, S. 16–33.
- Elverich, Gabi (2017): Die Kooperation schulischer und außerschulischer politischer Bildung als Ansatzpunkt der Rechtsextremismusprävention. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung (Wochenschau Studium). Schwalbach/Ts., S. 141–152.
- Flick, Uwe (2004): Triangulation. Eine Einführung (Qualitative Sozialforschung; Bd. 12). Wiesbaden.
- Hufer, Klaus-Peter/Oeftering, Tonio/Oppermann, Julia (Hrsg.) (2021): Interviews zur außerschulischen Jugend- und zur Erwachsenenbildung (Positionen der politischen Bildung; Bd. 3). Frankfurt.
- Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (UTB für Wissenschaft Pädagogik; Bd. 8229). Weinheim.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden, S. 601–613.
- Porst, Rolf (2014): Fragebogen. Ein Arbeitsbuch (Studienkripten zur Soziologie). Wiesbaden.
- Rauschenbach, Thomas/Pothmann, Jens/Schilling, Matthias/Meiner-Teubner, Christiane/Mühlmann, Thomas (2019): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse. Opladen.
- Reich, Christine (2017): Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung. Ziele, Herausforderungen, Praxisbeispiel. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung (Wochenschau Studium). Schwalbach/Ts., S. 153–160.
- Sämman, Jana (2021): Neutralitätspostulate als Delegitimationsstrategie. Eine Analyse von Einflussnahmeversuchen auf die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit (Wochenschau Academy). Frankfurt/M.
- Sander, Wolfgang (2013): Politik entdecken - Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung (Reihe Politik und Bildung; Bd. 50). Schwalbach/Ts.
- Scheidig, Falk (2016): Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Dissertation (Forschung klinkhardt).
- Schröder, Achim (2013): Politische Jugendbildung. In: Hafener, Benno (Hrsg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung. Grundlagen, Handlungsfelder, Akteure. Schwalbach/Ts., S. 173–185.
- Widmaier, Benedikt (2007): Demokratie-Lernen und/oder politische Bildung? Zur Bedeutung der Kontroverse für die Kooperation zwischen Schule und außerschulischer politischer Bildung. In: Leikhof, Ulrike (Hrsg.): Außerschulische Bildung für innerschulische Demokratie. SV-Arbeit als Schwerpunkt außerschulischer politischer Bildung (Veröffentlichungen der AKSB; Bd. 1). Schwalbach/Ts., S. 31–41.
- Wohnig, Alexander (2017): Die Darstellung von Politikverdrossenheit als Merkmal des politischen Interesses junger Menschen in Schulbüchern. In: Müller-Mathis, Stefan/Wohnig, Alexander (Hrsg.): Wie Schulbücher Rollen formen. Konstruktionen der ungleichen Partizipation in Schulbüchern (Wochenschau Wissenschaft). Schwalbach/Ts., S. 12–31.

## ANHANG

- I. Fragebogen (<https://tud.link/d3tz>)
- II. Anonymisierter Datensatz (<https://tud.link/gbyp>)
- III. Codierung (<https://tud.link/vyui>)
- IV. Zuordnungstabelle T1: Ausbildung (<https://tud.link/qnqp>)

WAS SIND AKTUELL IHRE GRÖßTEN HÜRDEN/HERAUSFORDERUNGEN, MIT DENEN SIE ZU KÄMPFEN HABEN?

UND WIE KÖNNTE MAN SIE LÖSEN?

WORÜBER MACHEN SIE SICH IM HINBLICK AUF IHRE ZUKÜNFTIGE ARBEIT SORGEN?

*„Wir haben hier viel mit revisionistischen Zwischenfällen zu kämpfen. Früher war das vereinzelt, jetzt passiert das ständig.“*

*„Wenn ich das wüsste“*

*„Es ist schwer qualifiziertes Personal zu finden und zu halten - wir können einfach zu wenig Sicherheit bieten und das gefährdet auch die Zukunft unserer Initiative“*

*„wir müssten jetzt alle Aufmerksamkeit - oder zumindest mehr auf die Jungen richten - nicht nur so halbherzlich bisschen Ferienkurse - wir müssten groß denken, sonst wird das später sehr sehr teuer das wieder einzufangen“*

*„Wegfallende Fördermittel,“*

*„Der reine Modellcharakter vieler Projekte verunmöglicht eine Versteigerung, eine längerfristige Planung und bedingt vor allem auch eine hohe Fluktuation an politischen Bildner:innen. Außerdem werden gerade im ländlichen Raum in Sachsen immer wieder Steine in den Weg gelegt, wenn es darum geht, antirassistische und demokratiefördernde Initiativen zu starten - sei es durch die Verwaltung oder durch rechte Parteien. Diese Problematik betrifft auch und gerade Jugendzentren und -treffs, die sich an politischer Bildung versuchen.“*

*„Viel mehr Bildungsarbeit und viel früher beginnen, die Schulen müssen das viel zentraler machen und ernsthaft umsetzen, sonst sind wir hier auf verlorenem Posten.“*

*„Kürzung der Fördermittel, falls AfD mehr Macht bekommt. Noch weitere Radikalisierung der sächsischen Gesellschaft, Räume sind nicht mehr sicher, auch nicht die Großstädte. Abwanderung von motivierten und engagierten Menschen. Werde selbst auch abwandern, falls Zustand kritischer wird.“*

*„Das Rad ständig neu zu erfinden.“*

*„Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die freien Träger und Vereine, die seit Jahren gute Arbeit leisten! Die vermeintlichen Kontrollorgane (komplizierte und viel zu detaillierte Anträge und Abrechnungsanträge) hindern nur und suggerieren, dass die Leute, die an der Basis wichtige Arbeit leisten, Gelder veruntreuen würden.“*

*„Je nach Verschiebung der Verhältnisse der politischen Entscheidungsträger in Gremien ändern sich auch Fördermöglichkeiten - hier ist eine Gefahr. Zudem wird stärker auf die (in der Unterzahl vorhandenen) „Lauten“ gehört und Politik von Parteien oftmals entsprechend ausgerichtet (vermeintlicher „Volkswille“). Bildung und Auseinandersetzung „in die Tiefe“ wird zunehmend schwierig.“*



John Dewey  
Forschungsstelle  
für die Didaktik  
der Demokratie

# WIE GEHT'S

## DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG IN SACHSEN?

EINE FELDEXPLORATION

### ABSTRACT

Zur Gründung der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) wurden über 80 Bildner:innen der außerschulischen politischen Bildung zu ihren Arbeitsbedingungen, ihren Bedürfnissen sowie Herausforderungen befragt.

Sichtbar wird eine Belastung aufgrund prekärer Arbeitsbedingungen, die durch befristete Anstellungen und Unsicherheiten aufgrund der projektbezogenen Förderlogiken entstehen. Außerdem erlebt ein bedeutender Teil der Befragten Angriffe auf deren Bildungsangebote und auf die Bildner:innen selbst. Diese haben letztlich nicht nur Auswirkungen auf die Angegriffenen, sondern auch Antizipationswirkungen auf Träger:innen, die dies selbst noch nicht erleben mussten.

Es konnte aufgezeigt werden, dass die Befragten vielfältige Ausbildungshintergründe sowie Berufsbiographien aufweisen und trotz umfangreicher Praxiserfahrungen konkrete fachdidaktische Qualifikationsbedarfe formulieren. Auch die Corona-Pandemie wird als Herausforderung wahrgenommen. Neben digitalen Vermittlungskonzepten werden vor allem Konzepte zum Umgang mit vielfältigen oder politisch herausfordernden Teilnehmer:innen nachgefragt.

Nicht zuletzt wird deutlich, dass die Institution Schule einen wichtigen, wenn auch ambivalenten Bezugspunkt für außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung darstellt und hier Vermittlungsbedarf besteht - ohne aber der non-formalen Bildung ihre Flexibilität zu nehmen.

Diese pilotartige Feldexploration ermöglicht Einblicke in die sächsische Landschaft non-formaler politischer Bildung, welche für größer angelegte Follow-Up-Studien und vertiefte Auseinandersetzungen nutzbar gemacht werden können.

### IMPRESSUM

Herausgegeben von der  
John-Dewey-Forschungsstelle  
für die Didaktik der Demokratie

Autor:innen:

David Jugel, Rico Lewerenz

Mitarbeit:

Anja Besand, Ann-Christin Belling,  
Peter Birkenhauer, Tina Hölzel,  
Nele Mai, Kathleen Markwardt, Eli-  
sa Moser, Agnes Scharnetzky, Han-  
nah Steinfatt und Anton Strehlow

Design und Satz:

Anja Besand, David Jugel, Sarah  
Kunath

Lektorat:

Ann-Christin Belling, Tina Hölzel

Dresden, Juni 2022